

Antworten auf die vlbs-Wahlprüfsteine von der CDU

Frage 1

Die CDU-Landtagsfraktion hat sich in den vergangenen Jahren immer wieder dafür ausgesprochen, die Tarifergebnisse im öffentlichen Dienst für die Beamtinnen und Beamten in Rheinland-Pfalz zu übernehmen. Unsere dahingehende Forderung wurde jedoch stets von Rot-Grün abgelehnt. Diese hielten es vielmehr für angebracht, jahrelang eine 1%-Besoldungserhöhung vorzunehmen. Die CDU wird sich im Fall eines Wahlsieges dafür einsetzen, dass auch die Beamtinnen und Beamten wieder an der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes teilhaben können. Eine angemessene Besoldung ist auch Ausdruck der Wertschätzung der Arbeit der Beamtinnen und Beamten durch den Dienstherrn und trägt auch zur zusätzlichen Motivation bei. Geeigneter Nachwuchs im Öffentlichen Dienst kann nur dann gewonnen werden, wenn Rheinland-Pfalz auch konkurrenzfähig bleibt. Dies gilt nicht nur in Bezug auf die freie Wirtschaft, sondern auch in Bezug auf andere Bundesländer. Insbesondere die Besoldung ist hier ein entscheidender Faktor. Durch die jahrelange 1%-Besoldungserhöhung wurden die rheinland-pfälzischen Beamtinnen und Beamten von der Teilhabe an der wirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt, entgegen der gesetzlichen Vorschriften, die die Besoldung gerade an die wirtschaftliche Entwicklung koppeln. Dies hat unmittelbare Auswirkungen auf die Konkurrenzfähigkeit von Rheinland-Pfalz. Denn viele Bundesländer besolden ihre Beamtinnen und Beamten deutlich besser. Hier müssen wir nachbessern und gute Ausgangsvoraussetzungen in Rheinland-Pfalz schaffen. Zudem sind weite Teile des öffentlichen Dienstes aufgrund der schlechten Personalpolitik der Landesregierung völlig am Ende ihrer Kapazitäten angelangt. Dies gilt nicht nur für die Polizei, sondern auch in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes. Die CDU wird hier personelle Verbesserungen umsetzen. So planen wir für das Jahr 2016 zusätzlich zu den von der Landesregierung veranschlagten Neueinstellungen bei der Polizei mit weiteren 85 Polizeianwärterinnen und Polizeianwärtern. Außerdem wollen wir zusätzliche 15 Tarifbeschäftigte sowie weitere Staatsanwälte und Richter einstellen. Nachdem wir Regierungsverantwortung übernommen haben werden wir uns ein genaues Bild der aktuellen Lage machen und dann mit weiterem Personal versuchen, die Belastung des öffentlichen Dienstes zu reduzieren. Für uns steht fest: wer wie die Landesregierung das Personal im öffentlichen Dienst auf Kante näht, riskiert die Effizienz und Qualität unserer öffentlichen Institutionen. Die vielen Beamtinnen und Beamten, die sich täglich für ihren Beruf einsetzen und teils viele Überstunden anhäufen, haben mehr Wertschätzung verdient!

Frage 2

Das Berufsbeamtentum hat sich in unserem Land bewährt. Seine Grundsätze sind

Garant für eine effektive Verwaltung. Die CDU sieht deshalb keine Notwendigkeit, diese Grundsätze in Frage zu stellen.

Frage 3

Die CDU Rheinland-Pfalz will praktikable Aufstiegsmöglichkeiten für Lehrkräfte für Fachpraxis bzw. Fachlehrerinnen und Fachlehrer eröffnen, die heute schon vielfach Aufgaben wahrnehmen, für die sie nicht eingestellt wurden. Dies ist gängige Praxis, weswegen die Einstufung schrittweise durch praxisnahe und realistische Aufstiegsprüfungen der Realität angepasst werden muss.

Die CDU-Landtagsfraktion hat im Rahmen der Haushaltsberatungen die Schaffung von 600 neuen Stellen vorgeschlagen. Davon sind 100 als A14 -Stellen geplant, die vor allem dafür gedacht sind, den Beförderungsstau an den berufsbildenden Schulen und den Gymnasien in einem ersten Schritt zu lindern. Uns ist sehr bewusst, dass das nur ein Anfang sein kann.

Frage 4

Der Lehrerberuf geht mit besonderen psychischen Belastungen einher. Diese sind bei jeder Person unterschiedlich, was individuelle Modelle auch im Bereich der Arbeitsgestaltung notwendig macht. Ein Altersteilzeit-Modell hat sich hier in der Vergangenheit bewährt und wird unter unserer Regierungsverantwortung auch fortgeführt werden.

Frage 5

Durch eine volle Unterrichtsversorgung wird nicht nur der strukturelle Unterrichtsausfall drastisch reduziert, sie wird auch durch die höhere Zahl an Lehrkräften in den einzelnen Schulen zu einer Entlastung aller Lehrerinnen und Lehrer führen. Zudem spricht sich die CDU für eine deutliche Reduktion der Dokumentationspflichten aus - Lehrkräfte sollen sich wieder auf ihr Kerngeschäft des Unterrichtens konzentrieren.

Frage 6

Seit Jahren fordert die CDU eine volle Unterrichtsversorgung, auch an den Berufsbildenden Schulen. Dazu brauchen wir 600 zusätzliche Lehrerstellen. Auch uns ist der Fachlehrermangel bewusst. Hier ist aus unserer Sicht ein Anreizsystem im Bereich der Mangelfächer nötig, z.B. einem Stipendiensystem, zeitlich befristete Zulagen für Lehrkräfte oder auch flexiblere Eingruppierungen, bei denen

Berufserfahrung außerhalb des Schuldienstes berücksichtigt wird.

Frage 7

Seit vielen Jahren gibt es Versuche der Landesregierung, die Zahl der Höheren Berufsfachschulen drastisch zu reduzieren. Dies haben wir immer wieder deutlich kritisiert, denn die HBF ist für uns ein wichtiger Bildungsgang, der jungen Menschen Aufstieg ermöglicht und von vielen Betrieben auch als Grundvoraussetzung für eine hochqualifizierte Ausbildung gesehen wird.

Insgesamt wollen wir für alle Schularten bei der Neugenehmigung von Oberstufenangeboten eine genaue regionale Prüfung, ob dieses neue Angebot vor dem Hintergrund zurückgehender Schülerzahlen tatsächlich sinnvoll und notwendig ist. Dies gilt für Fachoberschulen genauso wie für Angebote der Berufsbildenden Schulen und auch der Errichtung neuer Oberstufen an IGSen.

Frage 8

Insbesondere im ländlichen Raum brauchen wir einen flexibleren Klassenteiler, um hier Fachklassen erhalten zu können. Dazu gehört für uns auch, Schulen dabei zu unterstützen, verwandte Ausbildungsberufe verstärkt in einzelnen Fächern zumindest zu Beginn der Ausbildung zusammen zu legen. Denn mit dem Schließen der Klassen wird häufig auch der Beruf durch lange Fahrwege für junge Menschen unattraktiv, und Betriebe finden keine Auszubildenden mehr.

Die vor einigen Jahren reformierte Berechnung des PAUSE-Faktors wollen wir einer kritischen Überprüfung unterziehen. Aktuell hat sich dadurch nämlich die Gesamtsituation der einzelnen Schulen in Bezug auf Lehrerstundenzuweisung nicht wesentlich verbessert.

Frage 9

Die CDU steht dazu, gemeinsamen Unterricht zwischen Kindern mit und ohne Beeinträchtigung bedarfsgerecht auszubauen. Grundlage aller Entscheidungen ist hier jedoch nicht ein gesellschaftliches Ziel, sondern das Wohl des einzelnen Kindes bzw. Jugendlichen. Vor diesem Hintergrund schätzen und unterstützen wir die gute Arbeit der Förderschulen und wollen gleichzeitig Schulen bei der Umsetzung des gemeinsamen Unterrichts unterstützen und stärken. Grundlage dafür ist der Ressourcenvorbehalt - wir können an der Schulen nur so viel gemeinsamen Unterricht anbieten, wie auch personelle, räumliche und sächliche Ressourcen vorhanden sind. Dazu werden wir verbindliche Standards formulieren, auf die beeinträchtigte Kinder unabhängig vom Förderort einen Anspruch haben.

In Bezug auf die Integration von Flüchtlingen steht die CDU - anders als die derzeitige Landesregierung - für spezielle Vorlaufklassen, in denen die jungen Menschen zuerst grundlegende Deutschkenntnisse erwerben und sich auch mit der deutschen Kultur vertraut machen, bevor sie begabungsgerecht in Regelklassen integriert werden. Diese Wechsel sollen immer zum Halbjahreswechsel stattfinden, um Schulen auch Planungssicherheit zu geben.

Speziell für Flüchtlinge, die an Berufsbildenden Schulen unterrichtet werden, steht die CDU für ein zweijähriges Berufsvorbereitungsjahr. Im ersten Jahr sollen hierbei grundlegende Kenntnisse in Deutsch vermittelt werden, im zweiten Jahr stehen Berufsorientierung samt begleiteten Praktika im Fokus.

Frage 10.

Die Notwendigkeit von sozialpädagogischer Begleitung von Schulen hat in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Entgegen der Versprechungen im Koalitionsvertrag hat die aktuelle Landesregierung hier jedoch keinerlei Verbesserung umgesetzt.

Zusätzlich steigt auch an den Berufsbildenden Schulen der Bedarf nach Ganztagsschulangeboten.

Wir werden hier in der kommenden Legislaturperiode einen Schwerpunkt setzen und Berufsbildende Schulen gleichberechtigt sowohl am Ganztagsschulprogramm wie auch an der Schulsozialarbeit teilhaben lassen.

Frage 11

Es gibt für die CDU drei vorrangige Maßnahmen, um ausreichend Nachwuchskräfte für die Berufsbildenden Schulen zu gewinnen. Diese sind zum einen eine intensivere Werbung bei den angehenden Abiturienten, zweitens das Stipendienmodell für Mangelfächer und drittens die Prüfung, in welchem Umfang wir an den rheinland-pfälzischen Hochschulen weitere Fächer für das Lehramt an berufsbildenden Schulen anbieten können.

Frage 12

Wir streben mittelfristig eine Gleichberechtigung von berufsbildenden und allgemeinbildenden Schulen in Bezug auf die Entlastung der Schulleitungen an.

Zudem werden wir Funktionsstellen in den Berufsbildenden Schulen nicht mehr - wie bisher oft - lange vakant lassen, sondern unmittelbar besetzen. Auch dies führt zu einer deutlichen Entlastung der Funktionsträger an unseren Schulen.